

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848 ppbn G

## Inhalt

Günter Markscheffel erinnert an das erstmalige Erscheinen der "Deutschland-Berichte" der SPD vor 50 Jahren: Stimme aus dem Exil. Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB kritisiert die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft: Flickschusterei. Seite 3

### Dokumentation

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, erläuterte auf einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie Loccum das sozialdemokratische Konzept der Sicherheitspartnerschaft. Wir dokumentieren seinen Redebeitrag. Seite 5

39. Jahrgang / 77

18. April 1984

### Stimme aus dem Exil

Vor 50 Jahren erschienen die "Deutschland-Berichte" der SPD zum ersten Mal

Von Günter Markscheffel

Vor 50 Jahren, im April 1934, erschienen zum ersten Mal die vom Exilvorstand der SPD in Prag herausgegebenen "Deutschland-Berichte". Es handelte sich dabei um eine aus innerdeutschen Informationsquellen gespeiste Publikation über alle Lebensbereiche im damaligen deutschen Reich, die das Ziel verfolgte, ein möglichst objektives Bild von der Entwicklung in Deutschland zu vermitteln.

Entsprechend dieser Aufgabenstellung wurden die "Deutschland-Berichte" in einer Auflage von 800 Exemplaren monatlich an die mit der deutschen Arbeiterbewegung befreundeten internationalen Organisationen, an Zeitungen und Zeitschriften, Archive, Botschaften und Regierungsstellen versandt. Später kamen noch andere Interessenten hinzu; vor allem Universitäten, Bibliotheken und Politiker, deren Interesse der Entwicklung im "Dritten Reich" galt.

Bis 1938 wurden die "Deutschland-Berichte" in Prag herausgegeben. Danach, bis zum Kriegsbeginn, in Paris, wohin der Parteivorstand nach der Vergewaltigung der Tschechoslowakei seinen Sitz verlegen mußte. Als der Parteivorstand nach der Besetzung Frankreichs in London weiterarbeitete, konnte der monatliche Rhythmus des Erscheinens der "Deutschland-Berichte" nicht mehr eingehalten werden. Naturgemäß waren seit 1940 viele bis dahin bestehende Verbindungen zu den Berichtsquellen abgerissen. Insgesamt erschienen die Berichte in der Zeit von 1934 bis 1940 75 mal.

Wie erwähnt, konzentrierte sich der Inhalt der "Deutschland-Berichte" vornehmlich auf das Geschehen in Deutschland selbst. Im Mittelpunkt standen Stimmungsberichte aus den Betrieben, Schilderungen des täglichen Lebens, und Beobachtungen über das Verhalten der Bevölkerung gegen-

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Gemeinschafts-  
ausgaben  
Bonn/Paris



über den gesellschaftspolitischen Veränderungen seit der sogenannten Machtergreifung durch die Nationalsozialisten. Die Berichte enthielten ferner Darstellungen über das Anlaufen der Rüstungsindustrie, über das Verhältnis der Staatsmacht und der NSDAP zu den Kirchen und natürlich auch die Aufzählung von Prozessen gegen Hitlergegner, die Übersicht über die Einrichtung von Konzentrationslagern und andere Unterdrückungsmaßnahmen. Den schon lange vor der "Kristallnacht" im Jahre 1938 eingeleiteten Judenverfolgungen widmeten die "Deutschland-Berichte" ausführliche und genaue Darstellungen.

Die Redakteure Erich Rinner und Fritz Heine hatten vor allem während der Prager Zeit ein großes Netz von Berichterstattern in Deutschland organisiert. Anlaufstellen und Vermittler für die Weiterleitung der Berichte aus dem "Reich" waren meist die vom Parteivorstand betreuten Grenzsekretariate.

Aber auch zahlreiche Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die gelegentlich noch ins Ausland reisen konnten, unterhielten Kontakte mit der Redaktion der "Deutschland-Berichte". Einblick in die Entwicklung in Deutschland erhielt die Redaktion ebenfalls durch die Lektüre deutscher Zeitungen, die ihr mit anonymen Absender zugeschiedt wurden.

Besonders die Lokalteile der Provinzblätter, die von den noch in Deutschland arbeitenden Auslandskorrespondenten wenig beachtet wurden, boten meist interessante Hinweise auf die Stimmungslage der Bevölkerung. Eine wichtige Rolle spielten hierbei die Lokalberichte über die Gleichschaltung der Vereine, über Prozesse gegen Hitlergegner und die psychologischen Vorbereitungen zum Krieg.

Wer diese Berichte heute liest, kann sich ein Bild vom Leben im "Dritten Reich" verschaffen, wie es kaum durch eine meist trockene historische und globale Darstellung der Verhältnisse möglich ist. So wurden die "Deutschland-Berichte", die 1980 vom Verlag Petra Nettelbeck (Salzhausen und Frankfurt) als Sammelbände herausgegeben wurden, zu einer Fundgrube für Historiker, denen daran gelegen ist, daß die furchtbare Wirklichkeit des Lebens im "Dritten Reich" nicht in Vergessenheit gerät.

Da die "Deutschland-Berichte" - natürlich auf illegalem Wege - einigen zuverlässigen Freunden in Deutschland selbst zugänglich gemacht werden konnten, unterrichtete die Redaktion die Empfänger auch über die Aktivitäten des Parteivorstandes im Ausland und die Stimmung in jenen Ländern, die sich von Hitler bedroht fühlten. Ebenfalls wurden Stellungnahmen des Parteivorstandes zur allgemeinen internationalen Lage auf diese Weise nach Deutschland eingeschleust.

Unter Zugrundelegung des Inhalts der "Deutschland-Berichte" arbeiten zur Zeit Wissenschaftler an der Herausgabe von Darstellungen einiger Teilaspekte der Situation in den Jahren von 1933 bis 1945.  
(-/18.4.1984/ks/rs)

+ + +

(Die "Deutschland-Berichte" sind auch unter dem Namen "Grüne Berichte" bekannt, weil sie im Kleinformat auf grünem Papier gedruckt wurden.)



## EG-Flickschusterei

## Die Milchquotenregelung ist ein Irrweg

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Daß der EG-Agrarmarkt nicht mehr zu bezahlen ist, ist nicht Schuld der Bauern, sondern liegt daran, daß der Gemeinsame Markt einen schweren Geburtsfehler hat: Um raschen Wohlstand zu erreichen und die Kaufkraft für Industrieprodukte bereitzustellen, sollten die Preise für Grundnahrungsmittel niedrig gehalten werden. Als Gegenleistung dafür erhielten die EG-Bauern eine Abnahmegarantie für ihre Erzeugnisse. Das funktionierte ziemlich lange, aber in dem Maße, wie die Bauern selbst auf Industrieprodukte angewiesen waren - Maschinen, Dünger, Futtermittel, Treibstoffe, Waren des täglichen Bedarfs - ging die Schere immer weiter auseinander.

Von 1976 bis 1984 stiegen

- die allgemeinen Lebenshaltungskosten um 34 Prozent,
- die landwirtschaftlichen Produktionskosten um 27 Prozent,
- die Preise für landwirtschaftliche Produkte aber nur um fünf Prozent.

Das kann nicht mehr gut gehen, dafür ein Beispiel: Braucht ein Landwirt einen Ladeanhänger für seinen Traktor, so mußte er vor zehn Jahren dafür noch DM 14.000 bezahlen, heute kostet er, in etwas modernerer Ausführung DM 34.000. Wo soll er die zusätzlichen Mittel dafür hernehmen?

Da die Preise nicht nachzogen, blieb den Landwirten nur ein einziger Ausweg: Die Mehrproduktion. Sie führte zu den sattem bekannten Weinseen, Butterbergen und Obsthalden.

Der EG-Agrarmarkt ist nicht mehr bezahlbar. Eine grundlegende Strukturreform ist überfällig. Aber stattdessen haben die EG-Agrarminister sich zu nichts anderem entschließen können als zu einer Flickschusterei, die dem Übel nicht an die Wurzel geht. Es wird nur an Symptomen herumkuriert, und dazu noch an der falschen Stelle.

Das gilt besonders für den Milchmarkt. Innerhalb der EG wurde für das laufende Wirtschaftsjahr eine Gesamtmenge von 99,57 Millionen Tonnen festgelegt; jedem Land ist eine bestimmte Quote zugeteilt. Der ursprüngliche Kommissionsvorschlag sah vor, die Erzeugung von 1981 zur Grundlage zu nehmen und nur die seither pro Betrieb eingetretene Mehrproduktion mit Abschlägen zu versehen.

Demgegenüber hat Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle einen eigenen, höchst intelligenten (!) Vorschlag in Brüssel eingebracht, der nunmehr zum Beschluß geworden ist: Es wird die Erzeugerquote von 1983 zur Grundlage gemacht, und die Milchmenge wird für alle Bauern gekürzt - im Schnitt um sieben Prozent. Das heißt aber, daß auch diejenigen Bauern bestraft werden, die zwischen 1981 und 1983 ihren Viehbestand nicht aufgestockt haben, die also keine Verantwortung für das Ansteigen der Überproduktion tragen.



80 Prozent aller milcherzeugenden Betriebe halten weniger als 25 Kühe. Sie liefern nur 40 Prozent der gesamten Milchmenge. Die übrigen 60 Prozent stammen demnach von jenen 20 Prozent Großbetrieben, die 60, 100 oder mehr Milchkühe in ihren Ställen haben. Von Bauernhöfen kann da keine Rede mehr sein; es sind Gewerbebetriebe, Milchfabriken, die größtenteils auf importierte Futtermittel angewiesen sind. Diese Art "Produktion" hat mit der bewirtschafteten Landfläche nichts mehr zu tun. Solche Betriebe sind vorwiegend in küstennahen Gebieten, in Norddeutschland und Holland zu finden.

In Baden-Württemberg gibt es etwa 60.000 milcherzeugende Betriebe, 56.000 davon haben weniger als 20 Kühe, dementsprechend auch ein geringes Einkommen. Ihnen wird jetzt zugemutet, mit ihrer Milcherzeugung noch unter die Quoten von 1981 zu gehen und damit erhebliche Einkommensverluste hinzunehmen. Das geht an die Grenze der Existenzmöglichkeit. Und so ist es offenbar auch gewollt. Minister Kiechle hält dafür ein Bonbon bereit: Die "Milchrente".

Wer die Milchproduktion ganz aufgibt, bekommt pro 1.000 Kilogramm nicht angelieferter Milch DM 1.000 Entschädigung jährlich, verteilt auf zehn Jahre. Der Ausstieg aus der Milchproduktion wird also prämiert.

Die Folgen sind ablesbar:

- Die kleinen und mittleren Betriebe werden durch den Abzug nach der Quotenregelung geschröpft, viele von ihnen zur Aufgabe gezwungen,
- die Prämie veranlaßt insbesondere Nebenerwerbsbetriebe, die Milchproduktion ganz einzustellen,
- dadurch wird die heute noch in Süddeutschland vorhandene gesunde Struktur bäuerlicher Familienbetriebe massiv bedroht,
- die hauptsächlich von den Klein- und Nebenerwerbsbetrieben übernommene Landschaftspflege findet nicht mehr statt - eine für ein Fremdenverkehrsgebiet wie den Schwarzwald verheerende Perspektive!
- Tausende von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft gehen verloren,
- die Agrarfabriken werden weiter begünstigt, die Bindung der Viehhaltung an die Fläche entfällt, die Großen fressen die Kleinen auf.

Die EG-Agrarminister sind schlechte Anwälte der Bauern, von einer naturgebundenen landwirtschaftlichen Erzeugung wollen sie offenbar nichts wissen. Es ist Zeit zu erkennen, daß Landwirtschaft und Industriebetrieb zwei Paar Stiefel sind. Die jetzigen Beschlüsse führen, auch ökologisch, nur noch tiefer in die Sackgasse, nicht aus ihr heraus.

(-/18.4.1984/ks/rs)

+ + +



## D O K U M E N T A T I O N

Der Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß, Karsten D. Voigt, erläuterte am vergangenen Wochenende auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum zur Sicherheitspolitik das sozialdemokratische Konzept der Sicherheitspartnerschaft. Wir dokumentieren sein Referat im Wortlaut.

### Den Krieg verhindern, die Abrüstung einleiten

Das wichtigste friedenspolitische Ziel von Sozialdemokraten ist die Verhinderung eines jeden Krieges und konkrete Schritte zur Abrüstung.

Wenn wir hier miteinander darüber sprechen, wie diese Ziele angesichts des andauernden Macht- und Systemkonflikts zwischen Ost und West zu verwirklichen sind, dann werden wir auch über Militärdoktrinen und Militärpotentiale reden müssen. Wir sollten dabei aber nicht aus den Augen verlieren, daß die Friedenserhaltung und die Friedensgestaltung zwischen Ost und West primär mit politischen und erst sekundär mit militärischen Mitteln zu gewährleisten ist.

Ost und West bedrohen sich wechselseitig mit nuklearen, chemischen und konventionellen Waffen. Die USA und die Sowjetunion militarisieren den Weltraum. Beide entwickeln und erproben Anti-Satellitenwaffen und Hochenergie-Strahlen-Waffen. Dieser Rüstungswettlauf wird beide Seiten nicht sicherer, sondern unsicherer machen.

Beide Seiten sagen - und beide meinen es ehrlich - daß sie keine Angriffsabsichten gegen die jeweils andere Seite hegen. Wechselseitig aber mißtrauen sie den friedlichen Absichten der jeweiligen Gegenseite. Ich verstehe gut, daß keine Seite angesichts des andauernden Macht- und Systemkonfliktes zwischen Ost und West sich einseitig vom Vertrauen in die friedlichen Absichten der anderen Seite abhängig machen möchte. Gemeinsame Sicherheit ist mit einseitiger militärischer Vormacht unvereinbar. Gemeinsame Sicherheit setzt den Willen und die Fähigkeit zum Interessenausgleich voraus. Gemeinsame Sicherheit muß auch gemeinsam gestaltet werden.

Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit - oder wie die SPD es auch nennt: Das Konzept der Sicherheitspartnerschaft - zielt auf die schrittweise Entmilitarisierung des Ost-West-Verhältnisses ab. Aber es setzt eine ausreichende Verteidigungsfähigkeit voraus.

Auch diejenigen, die in den USA für einen Verzicht der NATO auf die Androhung mit dem nuklearen Ersteinsatz eintreten, halten eine ausreichende Verteidigungsfähigkeit für erforderlich. Um ihr Ziel zu verwirklichen, halten sie eine jährliche reale Steigerung der Verteidigungsausgaben der NATO um zwei Prozent für erforderlich. General Rogers plädiert sogar für eine jährliche vierprozentige Steigerung der Verteidigungsausgaben. Ich selber halte demgegenüber angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Bundesrepublik weder eine vierprozentige noch eine zweiprozentige reale Steigerung der Verteidigungsausgaben für politisch durchsetzbar oder wünschenswert.

Diejenigen, die in der deutschen Friedensbewegung für den Verzicht auf die Androhung des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen plädieren, tun dies nicht, weil sie für eine konventionelle Aufrüstung eintreten. Sie widersprechen nicht nur der nuklearen, sondern auch der konventionellen Aufrüstung. Politiker würden einer Fehleinschätzung unterliegen, wenn sie sich der Vorstellung hingäben, sie könnten den antinuklearen Protest der Friedensbewegung in eine Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben für konventionelle Rüstung ummünzen.

Ich trete dafür ein, die Strategie der NATO zunehmend von der Androhung des Ersteinsatzes unabhängig zu machen. Dies sollte durch Umrüstung und als Ergebnis von Rüstungs-



kontroll- und Abrüstungsvereinbarungen zwischen Ost und West, nicht aber durch Ausrüstung erreicht werden. Durch Veränderungen in der Ausrüstung und der Strategie der NATO kann der defensive Charakter des westlichen Bündnisses unterstrichen und gleichzeitig die Abhängigkeit der NATO von der nuklearen Ersteinsatzdrohung verringert werden.

Durch einseitige Schritte der NATO kann aber nicht eine Veränderung der militärischen Potentiale und der Militärstrategie des Warschauer Paktes garantiert werden. Eine dauerhafte konventionelle Stabilität in Europa wird erst dann gewährleistet sein, wenn beide Seiten - NATO und Warschauer Pakt - zwar noch eine ausreichende Verteidigungsfähigkeit besitzen, aber zum Angriff - insbesondere zum Überraschungsangriff - unfähig sind. Dieses Ziel nenne ich die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit auf beiden Seiten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind Verhandlungen und Verhandlungsergebnisse erforderlich.

Einseitige Schritte können, soweit sie die Verteidigungsfähigkeit nicht gefährden, derartige Verhandlungen und Vereinbarungen fördern. Einseitige Schritte können auch einseitig wieder zurückgenommen werden. Dieses Risiko besteht besonders in Krisenzeiten, wenn Stabilität besonders geboten wäre.

Wenn die NATO sich in ihrer Verteidigungspolitik zunehmend von der Androhung des nuklearen Ersteinsatzes unabhängig macht, so wird es in Ost und West doch weiterhin Nuklearwaffen geben. Solange dies der Fall ist, droht jeder Krieg zwischen Ost und West in einen Nuklearkrieg zu eskalieren. Zumindest dann, wenn eine Seite konventionell zu verlieren fürchtet, ist eine nukleare Eskalation nicht mehr auszuschließen.

Der deklarierte Verzicht auf die Androhung des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen verändert per se die Nuklearpotentiale in Ost und West nicht. Ich trete demgegenüber unabhängig von der Diskussion über den Verzicht auf die Androhung des nuklearen Ersteinsatzes für die drastische Verringerung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen ein. Darüber hinaus unterstützen wir Sozialdemokraten die Vorschläge der Palme-Kommission.

Im Gegensatz zu den USA kann die Bundesrepublik Deutschland nicht nur in einem Nuklearkrieg sondern auch in einem konventionellen Krieg zerstört werden. Die beiden deutschen Staaten sind bereits in Friedenszeiten militärisch in ihre Bündnisysteme integriert. Die beiden deutschen Staaten können keinen Krieg beginnen. Sie können aber auch kein Interesse daran haben, daß in den USA und in der UdSSR der Eindruck entsteht, als könne bis zur völligen Zerstörung Mitteleuropas gekämpft werden, ohne daß das Territorium der beiden Weltmächte selber in Mitleidenschaft gezogen würde. Schritte zur Verringerung der nuklearen Kriegsgefahr dürfen nicht zu einer für die Bundesrepublik untragbaren Erhöhung der konventionellen Kriegsgefahren führen.

Zusammenfassend: Ich unterstütze Bemühungen, die NATO von der Androhung des nuklearen Ersteinsatzes unabhängig zu machen. Ich trete für Vereinbarungen zwischen Ost und West ein, die die nuklearen, konventionellen und chemischen Kriegsrisiken zwischen Ost und West verringern. Friedens- und Abrüstungspolitik sind umfassender in ihrer Zielsetzung als einseitige Veränderungen der Verteidigungspolitik der NATO. Sie zielen auf die schrittweise Entmilitarisierung des Macht- und Systemkonfliktes zwischen Ost und West ab. In diese umfassende politische Zielsetzung sollte unsere Diskussion über das Thema "No first use" eingebettet werden. Die Diskussion über Reformen und Alternativen in der Militärstrategie erhalten erst durch ihre Einbettung in das politische Konzept der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West ihre friedenssichernde Perspektive.  
(-/18.4.1984/ks/rs)

+ + +

